

Änderungsantrag

der Abgeordneten Dr. Tobias Lindner, Ekin Deligöz, Lisa Paus, Manuel Sarrazin, Luise Amtsberg, Uwe Kekeritz, Tom Koenigs, Markus Kurth, Peter Meiwald, Corinna Rüffer, Dr. Frithjof Schmidt, Kordula Schulz-Asche, Jürgen Trittin, Doris Wagner und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 18/2000, 18/2002, 18/2805, 18/2823, 18/2824, 18/2825 –**

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2015
(Haushaltsgesetz 2015)**

**hier: Einzelplan 05
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Mittel für die humanitäre Hilfe in Kapitel 05 01 Titel 687 32 werden auf insgesamt 685 Millionen Euro erhöht.

Berlin, den 24. November 2014

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

Begründung

Mit Syrien, dem Südsudan, der Zentralafrikanischen Republik und dem Irak sehen wir uns erstmals in der Geschichte mit vier humanitären Krisen der höchsten Stufe gleichzeitig konfrontiert. Hinzu kommen die Folgen des Gaza-Kriegs und die Bekämpfung der Ebola-Epidemie. Weltweit sind 51,2 Millionen Menschen auf der Flucht – so viele wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr.

Laut Berechnungen der Vereinten Nationen werden aktuell 17,3 Milliarden US-\$ benötigt, um Menschen in Naturkatastrophen oder kriegesischen Konflikten mit dem Nötigsten zu versorgen – das ist fast doppelt so viel wie vor zwei Jahren. Der weltweite humanitäre Bedarf befindet sich auf einem historischen Höchststand.

Obwohl diese katastrophale Situation bereits bekannt war, wollte die Bundesregierung die humanitäre Hilfe in ihrem Haushaltsentwurf massiv kürzen – um ganze 38 % auf nur noch 187 Millionen Euro.

Deutschland muss aber nicht weniger, sondern mehr humanitäre Hilfe leisten. Ein Blick auf unsere europäischen Nachbarn kann nur beschämen: Für Syrien hat die Bundesregierung im letzten Jahr 61,4 Millionen US-\$ bereitgestellt, Großbritannien hingegen 210,9 Millionen US-\$. Für die Zentralafrikanische Republik gab die Bundesregierung 5,7 Millionen US-\$, die knapp 10 Millionen Schweden stellten dreimal so viel zur Verfügung.

Der Südsudan ist schon jetzt eine der am stärksten unterfinanzierten humanitären Krisen weltweit. Der humanitäre Bedarf (ohne Flüchtlingshilfe) beträgt für das laufende Jahr 1,8 Milliarden US-\$. Die Bundesregierung hat knapp 22,7 Millionen US-\$ zur Verfügung gestellt, Norwegen hingegen 32,6 Millionen und das viel kleinere Dänemark gar 38,2 Millionen. Anfang 2015 droht im Südsudan eine Hungersnot, die 2,5 Millionen Menschen treffen würde.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßt, dass der öffentliche Druck die Koalition nun zum Einlenken bewegt hat und sie den Haushaltsansatz für humanitäre Hilfe auf nunmehr 400 Millionen Euro aufgestockt hat. Doch auch diese Summe ist nicht ausreichend, wie ein Blick auf das laufende Jahr zeigt: Im noch laufenden Haushaltsjahr 2014 sind zu den ursprünglich eingestellten Mitteln in Höhe von 303 Millionen Euro bereits nach einem ½ Jahr weitere 109 Millionen Euro aus Umschichtungen und überplanmäßigen Mitteln hinzugekommen. Das bedeutet, dass die Ausgaben für humanitäre Hilfe für 2014 schon jetzt auf 412 Millionen Euro angestiegen sind. Dieser Vergleich zeigt, dass auch der aufgestockte Ansatz der Bundesregierung in Höhe von 400 Millionen Euro für 2015 nicht ausreichend ist. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine signifikante Aufstockung der humanitären Hilfe auf 685 Millionen Euro.

Nur ein angemessener Grundansatz im Haushalt bietet der entsprechenden Abteilung im Auswärtigen Amt, vor allem aber deren Partnerorganisationen Planungssicherheit. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Vereinten Nationen und die zahlreichen internationalen und lokalen Nichtregierungsorganisationen, die tagtäglich Millionen von Menschen überlebenswichtige Hilfe zukommen lassen, ihre Arbeit effektiv planen, koordinieren und umsetzen können, auch in Gebieten, in denen der humanitäre Zugang nur schwer möglich ist.

Dabei müssen nicht nur die Krisen der höchsten Stufe (level-3-emergencies), die bis auf den Irak allesamt unterfinanziert sind, angemessen berücksichtigt werden, sondern auch die sogenannten „vergessenen Krisen“, vor allem in Afrika, die aus der medialen Aufmerksamkeit fast vollständig verdrängt sind.